

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 52 (1965)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Neue Entwicklungstendenzen in der Volksschule der Bundesrepublik  
[Fortsetzung]  
**Autor:** Schnuer, G.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-529065>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Neue Entwicklungstendenzen in der Volksschule der Bundesrepublik (II)

G. Schnuer, Mag. Art., Speyer

### III. Die Lehrinhalte der Volksschule

Im oben angeführten Beschluß bezeichnen die Kultusminister die für «alle Schüler gemeinsame Unterstufe» als Grundschule und die auf die Grundschule anschließenden Klassen einschließlich der nunmehr obligatorischen 9. Klasse als «Hauptschule». Nachdem die verantwortlichen Minister den guten Willen zur Vereinheitlichung des deutschen Schulwesens an einem wichtigen Objekt zu erkennen gaben, sollte die angesprochene Schule den ihr zugesprochenen neuen Raum mit den Inhalten seiner Befürworter und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt ausfüllen. Zu den herkömmlichen Lehrinhalten der bisher achtjährigen Volksschule, die in jüngster Zeit zu vielen Klagen, auch aus den Reihen der Volksschullehrerschaft selbst, Anlaß gaben, treten in der Hauptschule neue: die Vorbereitung auf den Eintritt in die Berufs- und Arbeitswelt, die Hilfe bei der Berufsfindung und Berufswahl, das Angebot einer fakultativen Fremdsprache und die verstärkte Beschäftigung mit sozial- und gemeinschaftskundlichen Unterrichtsstoffen sowie die Beschäftigung mit den naturwissenschaftlichen Grundlagen der Physik und Chemie in einer für diese Altersstufe lernpsychologisch wirksamen Form. Ferner kann die künftige Hauptschule nicht umhin, einer besseren Beherrschung der elementaren Fertigkeiten im Rechnen und in der deutschen Sprache ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Leider blieb das bisher in der Oberstufe und im 9. Schuljahr Geleistete eine überzeugende Wirkung schuldig. Die zahlreichen aus vielen Kreisen schon erhobenen Klagen über die unzulänglichen und offenbar immer noch zurückgehenden Leistungen der aus der Volksschule entlassenen Schüler in der mündlichen und schriftlichen Beherrschung der deutschen Sprache sowie der Grundrechenarten, das offenbar abklingende formale Denkvermögen im Zusammenhang mit Konzentrationsmängeln bei Lern- und Denkvorgängen füllen schon Schriften und Bände in der Fachliteratur und drängen auf wirksame Gegenmaßnahmen. Damit stehen alle, die pädagogische Verantwortung tragen, vor schwieri-

gen Entscheidungen. Ein großer Zeitanteil des 9. und eventuell 10. Schuljahres wird sicher zur Auffüllung der Lücken in diesen Stoffgebieten verwendet werden müssen. Besser wäre es, wenn es der künftigen Hauptschule gelänge, die Mängel erst gar nicht aufkommen zu lassen. Das setzt eine Überprüfung der Lehrverfahren und Unterrichtstechniken, eine konsequente Beschränkung und sorgfältige Auswahl der Lehrstoffe und eine geeignete Lehrerpersönlichkeit für die Hauptschule voraus und schafft neue Bedingungen für die organisatorische Gestaltung des Unterrichtes, der Klassenräume und der Schulbauten. Aus den bisherigen Ansätzen und Versuchen des 9. Schuljahres lassen sich bei einer sorgfältigen Auswertung zahlreiche Erfahrungen ableiten, die der künftigen Hauptschule zugute kommen könnten. In fast allen Bundesländern setzte sich in der Oberklasse der Volksschule der Unterricht in politischer Gemeinschaftskunde mit unterschiedlichem Schwerpunkt in der Sozial-, Gemeinschafts- oder Wirtschaftskunde durch. Er bietet dem Lehrer in der methodischen Gestaltung gute Möglichkeiten eigener Entfaltung. In einigen Bundesländern zog auch der fakultative Sprachunterricht für begabte Volksschüler, leider bis jetzt mit wenig nachweisbaren Erfolgen, ein. Mit Ausnahme von West-Berlin, wo der Anteil der Volksschüler, die einen Unterricht in einer Fremdsprache besuchen, vergleichsweise hoch liegt, ist der Anteil in den übrigen Bundesländern bis jetzt noch sehr gering. Ähnliches gilt vom naturwissenschaftlichen Grundunterricht in Chemie und Physik. Dies scheitert zwar oft an räumlichen Mängeln oder unzulänglicher Ausbildung des Lehrpersonals, mehr noch an dem falschen methodischen Ansatz, der diesen Unterricht als einen Demonstrationsunterricht für Lehrerversuche und nicht als Laborunterricht für Schülerversuche betrachtet. Vielseitig und sehr unterschiedlich versuchen die Schulverantwortlichen, der Arbeitslehre pädagogisch fruchtbar Eingang in die Volksschuloberstufe und speziell in das 9. Schuljahr zu verschaffen. In einigen Ländern oder Städten gehen die Volksschüler kursweise in die Werkstätten der gewerblichen Schulen und versuchen sich unter fachlicher Anleitung an verschiedenen Werkstoffen und Werkstücken. Besichtigungen verschiedener gewerblicher und kaufmännischer Betriebe geben dazwischen dem Jugendlichen die Möglichkeit, Unterschiede und Bezüge zu seinen

bisherigen werkkundlichen Arbeiten zu finden und einen ungefähren Einblick in die Arbeitswelt zu erhalten. Andernorts besuchen die Volksschüler an einem oder zwei Tagen je Woche die Berufsschule und machen sich mit einfachen Arbeitstechniken der verschiedenen Berufe vertraut. Die Struktur der deutschen Volksschule beschränkte alle diese Ansätze bisher auf wenige Schulen in größeren Städten und verhinderte sie fast vollständig an Landschulen. Dort prägt immer noch die wenig gegliederte Schule (siehe Übersicht am Ende) die Wesenszüge der Volksschule. Ein neuntes Schuljahr oder eine zukünftige Hauptschule bedeutet die Schaffung von Mittelpunktschulen auf dem Land. Anlaufende Versuche dieser Art setzen dem Träger neue Aufgaben für die bauliche Gestaltung, wenn die Lehrinhalte, die oben teilweise aufgezeigt wurden, übernommen werden sollen. Der Deutsche Ausschuß plädiert eindringlich für die generelle Übernahme der von ihm vorgeschlagenen neuen Lehrinhalte, besonders aber für die Arbeitslehre. «Eine bildungswirksame Hinführung zur modernen Arbeitswelt ist nur möglich durch praktisches Tun der Schüler, das von Interpretation und Reflexion begleitet ist. Die Arbeitslehre ist deshalb elementare praktische Arbeit in verschiedenen Sachgebieten mit eng darangeknüpfter gedanklicher Vorbereitung, Zwischenbesinnung und Auswertung<sup>6</sup>.» Nach Ansicht des Deutschen Ausschusses trägt die Arbeitslehre einen art-eigenen «Ernstcharakter». «Dabei wird der Schüler mit Grundzügen des Arbeitens in der modernen Produktion und Dienstleistung so weit vertraut, daß er danach seine Berufswahl verständiger treffen kann<sup>7</sup>.» Wie oben schon erwähnt, waren bisher die Versuche zur Gestaltung des 9. Schuljahres mit Inhalten, wie der Deutsche Ausschuß sie fordert, auf Großstädte bzw. Ballungsgebiete beschränkt. Die Errichtung von Mittelpunktschulen auf dem Lande mit Hauptschulcharakter bringt den Landgemeinden neue finanzielle Belastungen, weil sie als Bauherren auftreten müssen. Wer in der Schulpraxis steht, weiß, wie schwer es ist, Gemeinderäte davon zu überzeugen, daß eine Ausgabe im Schul- und Bildungswesen eine für das Gemeinwesen lohnende Investition bedeutet. Solange das Gefälle in den Bildungsinvestitionen zwischen

Stadt und Land gleich groß bleibt oder noch größer wird, kann der Abwanderung der Jugend vom Land zur Stadt nicht beigegeben werden. Erst wenn sich unserer Jugend gleiche Berufs- und Aufstiegschancen über ein *modernes Schulwesen auf dem Lande* bieten, besteht für sie ein Anreiz, ihre berufliche Zukunft auf dem Lande zu suchen. Ähnliches gilt von der bautechnischen Gestaltung und Ausstattung der Schulneubauten. Der Schulbau verschlang nach dem Krieg in allen Ländern der Bundesrepublik bereits gewaltige Summen und wird weitere große Ausgaben erfordern. Während die Großstädte als Bauherren oft versuchten, neuen schulbautechnischen und pädagogischen Erkenntnissen durch großzügige Bereitstellung von Geldern den Weg zu bereiten, ließen die vielfach sehr knappen Mittel in zahlreichen ländlichen Schulbauten nicht viel mehr als eine spartanische Ausstattung im überkommenen Stil zu. Die ausreichende Versorgung der ländlichen Schulbezirke mit Lehrkräften wächst auch aus diesem Grund zu einem immer schwieriger zu lösenden Problem heran. Wir vermissen bis heute eine zentrale Erfassung und Auswertung der Schulbau-Planungsunterlagen, der beim Bau und bei der Nutzung der Schulbauten gemachten Erfahrungen. Mit einiger Sicherheit läßt sich sagen, daß die künftige Gestalt und Wirksamkeit der Volksschuloberstufe auf dem Lande zu einem entscheidenden Faktor des Bildungswesens in unserer industriellen Gesellschaft wird.

#### IV. Die Lehrerbildung

Die Wandlungen in der Dauer und im Inhalt der deutschen Volksschule blieben nicht ohne Auswirkung auf die Lehrerbildung. Dabei lassen sich in den letzten Jahren deutlich *zwei* Stufen von Maßnahmen in der Ausbildung der Volksschullehrer aufzeichnen.

Seit Mitte der fünfziger Jahre steht die Diskussion um die hochschulmäßige Lehrerbildung im Vordergrund. In zahllosen Veröffentlichungen, Stellungnahmen und Äußerungen griffen die Lehrerverbände, Hochschulen und Vertreter des Lehrerstandes in die Diskussion ein. Unter dem Begriff «hochschulmäßige» Lehrerbildung, die sogar in einigen Länderverfassungen angesprochen wird, verstand fast jedermann etwas anderes. Inzwischen wich die oft mit Leidenschaft geführte Diskussion einer mehr sachlichen Be-

<sup>6</sup> Vgl. Fußnote 4, Seite 41.

<sup>7</sup> Ebenda.

trachtung, zumal sich die bisher verwirklichten Lösungen in vieler Hinsicht ähneln. Prinzipiell beharrten alle bisher gefundenen Lösungen auf dem Ausbildungsziel des «Universallehrers» und bieten lediglich für den Lehrer an Sonderschulen andere oder zusätzliche Ausbildungsinhalte. Alle bisherigen Ausbildungsstätten bilden einen Lehrer aus, der sowohl in allen Klassen als auch in allen Fächern und in allen Schulformen der Volksschule unterrichtet. Die Studienbestimmungen und Prüfungsvorschriften an Pädagogischen Hochschulen, Akademien oder Hochschulen für Erziehungswissenschaften gestatten dem Lehrerstudenten eine gewisse Freiheit bei der Wahl fakultativer Studienfächer, die er aus Neigung oder besonderer Begabung vertieft betreiben kann. Die Studienvoraussetzungen sind in den Ländern durchwegs einheitlich. Grundsätzlich ist zum Studium das Abitur Voraussetzung, doch machen fast alle Länder angesichts eines stets zunehmenden und sehr akuten Lehrermangels gewisse Ausnahmen. Die Studiendauer beträgt fast überall 6 Semester, die Studentenzahlen stiegen von 10847 im Jahre 1951/52 (nach dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik 1953) auf 41 589 im Jahre 1963 (zusammengestellt nach den Studentenzahlen der einzelnen Pädagogischen Hochschulen im Deutschen Hochschulführer 1964) an.

Trotz dieses Anstieges bleiben die Studentenzahlen immer noch weit hinter den notwendigen zurück. Der Lehrermangel an den deutschen Volksschulen ist seit Jahren ein Politikum ersten Grades und beschäftigt nicht nur die mit der Aufgabe selbst betrauten Lehrer und Behörden, sondern immer weitere Kreise der gesamten Öffentlichkeit, auch die Vertreter der Wirtschaft. Der Ettlinger-Kreis – ein Gremium von deutschen Industriellen, die an Bildungsfragen besonders interessiert sind und sich regelmäßig zu Tagungen mit aktuellen Leitthemen treffen – regte eine Untersuchung über den Lehrermangel in allen Bundesländern an. Ihre Ergebnisse sind veröffentlicht in zwei Heften: «Beiträge zum Problem des Lehrermangels an den Volksschulen in den Ländern der Bundesrepublik (Oktober 1963), Herausgeber Ettlinger-Kreis. Dort wird nachgewiesen, daß 1960 im Bundesgebiet bereits 37 000 Volksschullehrer, mehr als 20 % des Bestandes, fehlen. Für 1970 wurde ein Fehlbestand von 83 000, das sind 35 % der notwendigen Lehrer unter Annahme des obligatorischen 9. Schul-

jahres und durchschnittlicher Klassenfrequenzen von 30 bis 33 Schülern, errechnet<sup>8</sup>. Dabei muß auf eine weitere nachteilige Entwicklungstendenz hingewiesen werden. Die erwähnte Untersuchung deckte auf, daß 1961 bereits 40 % aller weiblichen Abiturientinnen den Lehrerberuf wählen, gegenüber nur 13 % der Abiturienten. Der Anteil der Studentinnen für das Volksschullehramt und damit der Anteil der weiblichen Lehrkräfte überhaupt wächst von Jahr zu Jahr. Die steigenden Studenten- und Lehrerzahlen entspringen einem überdurchschnittlichen Zuwachs an weiblichen Lehrkräften und bedeuten nicht in vollem Umfang eine echte Erhöhung, da viele Lehrerinnen erfahrungsgemäß nach einigen Jahren Schuldienst heiraten und, wenigstens vorübergehend, aus dem Schuldienst ausscheiden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung und andere Anlässe brachten die Max-Traeger-Stiftung dazu, einen Forschungsauftrag über die «Motive der Abiturienten für die Wahl oder Ablehnung des Volksschul-Lehrerberufes» zu vergeben, der jetzt mit seinen Ergebnissen veröffentlicht wurde<sup>9</sup>. Dort zeigt sich das Gesamtbild des Volksschul-Lehrerberufes der Abiturientengeneration nicht ungünstig. Allerdings halten die ungünstigen Besoldungsverhältnisse, die Möglichkeit einer Zwangsversetzung auf die Landschule (!) und die vielfach fehlende Aufstiegsmöglichkeit zahlreiche Abiturienten dem Volksschul-Lehrerberuf fern; dagegen wird er von Abiturientinnen bevorzugt, weil er nach verhältnismäßig kurzem Studium eine hohe soziale Sicherheit durch die Anstellung als Beamter bringt und weil viele Abiturientinnen in diesem Beruf eine ihrem Wesen entsprechende berufliche Tätigkeit erblicken. Beide Untersuchungen, sehr wesentlich jedoch die erste, lösten in einigen Bundesländern neue Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels aus, die wir im Gesamtzusammenhang der aufgezeigten Entwicklungstendenzen der Volksschule sehen müssen. Diese Maßnahmen vollzogen eine schon lang anstehende Arbeitsteilung für die Lehrer in der Volksschule, vor allem in der Oberstufe, und sprachen sich für die Ausbildung

<sup>8</sup> *Pröbsting G. u. H.*, Beiträge zum Problem des Lehrermangels an den Volksschulen in den Ländern der Bundesrepublik. Herausg. Ettlinger Kreis, Oktober 1962, Bericht dazu, Herausg. Ettlinger Kreis.

<sup>9</sup> Max-Traeger-Stiftung, Forschungsberichte Nr. 2. *Undeutsch U.*, Motive der Abiturienten für die Wahl oder Ablehnung des Volksschul-Lehrerberufes, Frankfurt a.M. 1964.



und Einstellung von Fachlehrkräften neben dem herkömmlich ausgebildeten Universallehrer aus. Vor allem die musisch-technischen Fächer und die Arbeitslehre könnten – nach Meinung der Sachbeflissenen – von Lehrkräften unterrichtet werden, die nicht unbedingt das Abitur und die hochschulmäßige Ausbildung nachweisen. Einige Bundesländer – Hessen, Niedersachsen, Saarland – verwirklichten inzwischen solche Vorschläge und bilden, freilich noch verschiedenartig, technische Lehrkräfte als Fachlehrer aus. Wir sehen in diesen Maßnahmen mehr als nur ein Provisorium zur Beseitigung eines akuten Lehrermangels, sondern ein Anzeichen neuer Entwicklungen im Sinne der aufgezeigten Umorientierung der bisherigen Volksschule zur Grund- und Hauptschule. Für den Beruf des technischen oder Fachlehrers will man junge Leute gewinnen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mehrjährige Erfahrung aus der Lebenspraxis nachweisen. In meist zweijähriger pädagogischer Ausbildung werden die aus dem Bewerberkreis sorgfältig ausgesuchten Kandidaten auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Sicher bringt ein großer Teil dieser Lehrkräfte für die musisch-technischen Fächer, für die Arbeitslehre und den naturwissenschaftlich-technischen Elementarunterricht fachlich und pädagogisch-psychologisch vielfach bessere Voraussetzungen mit, als die den Volksschul-Lehrerberuf zunehmend beherrschende Lehrerin üblicher Ausbildung. Diese neuen Entwicklungstendenzen in der Volksschul-Lehrerbildung gereichen auf die Dauer der Volksschule zum Vorteil.

Abschließend lasse ich nochmals das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen über die Volksschule zu Wort kommen: «Solange (ihre) Funktion in der Gesellschaft nur in der Vorbereitung auf niedere Berufe gesehen wird und (ihre) Bildungsarbeit nicht die ganze Breite der politischen, kulturellen, beruflichen und privaten Anforderungen ins Auge faßt, ... so lange wird diese Schule sich nicht nur negativ von den anderen abheben, als die Schule nämlich für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die es aus Mangel an Begabung oder Interesse nicht <geschafft> haben. In Wahrheit fallen die Jugendlichen, für welche die frühzeitige Bewährung im Arbeitsleben der richtige Weg ist, keineswegs zusammen mit der Gruppe der Unfähigen und Gleichgültigen. Sie brauchen eine Schule, in der sie ihrem Wesen gemäß dazu erzogen und gebildet werden, daß sie sich in unserer kompliziert gewordenen Welt orientieren, als mündige Staatsbürger mit Verantwortung tragen, am geistigen und kulturellen Leben teilhaben und die Möglichkeiten beruflicher Fortbildung nutzen können, die sich ihnen bieten... Es kommt also auf eine Funktionssteigerung an, die sich nicht einfach durch eine Anhäufung von Jahren erreichen läßt. Es gilt die ganze Schulzeit des Jugendlichen zwischen zwölf und sechzehn neu zu ordnen<sup>10</sup>.» Daß hoffnungsvolle Ansätze hierzu vorhanden sind, sollte meine Darstellung aufzeigen.

(Gesamtübersicht siehe folgende Seiten)

<sup>10</sup> Empfehlungen..., Folge 7/8, S. 11/12.

### **Aus Erlinghagen: Katholisches Bildungsdefizit** (Herder-Bücherei)

*Die vor der westlichen Gesellschaft und der Kirche liegende Aufgabe wird um so größer, je mehr es der anti-westlichen und antikirchlichen Welt gelingt, ihr Bildungswesen auszubauen. Zwar ist der Lebensraum der Kirche keineswegs identisch mit der westlichen Kultur, noch die kirchenfeindliche Front mit den politischen Grenzen zwischen Ost und West, aber die im Zeichen des Atheismus gemachten Anstrengungen, eine Welt von Analphabeten auf ein hohes schulisches Bildungsniveau zu heben, sind auch für die Kirche lebensbedrohend, und es kann ihr nicht gleichgültig sein, wenn die mobilisierten geistigen Abwehrkräfte sie nur als halbinteressierten Zuschauer kennen und ihre eigene menschenbildnerische Kraft nicht zur Geltung kommt. Alles nur*

*oder auch nur vorschnell dem Wirken Gottes in der Geschichte überlassen zu wollen, heißt gerade vor ihm und seinem Sendungsauftrag an diese Welt unverantwortlich handeln...*

*Beunruhigen soll diese Schrift also ... jene Gruppen und jene Mentalität innerhalb des katholischen Bevölkerungsteils, die mit kleinstbürgerlicher Zufriedenheit ihre im wörtlichen und übertragenem Sinne zu verstehende Häuslichkeit als den Idealzustand des Christentums ansehen. Sie vergessen, daß «nicht der Friede, sondern das Schwert» die Parole ihres Stifters war, und daß bereits damals das Schwert als geistiger Kampf verstanden wurde. Ist die Zugehörigkeit zum Christentum nicht schon eine Assekuranz für das Jenseits, so erst recht nicht das Kapitel für ein Rentnerdasein im Diesseits.*